

Sitzung des Kulturausschusses am 24.09.2014: Beantwortung der Anfrage der Fraktion „Die Linke“ vom 14.09.2014 „Ausstellung KZ Monowitz“

Wortlaut der Anfrage:

Im nächsten Jahr finden mehrere denkwürdige Jubiläen statt. So jährt sich zum 70. Mal die Befreiung von Auschwitz, damit zum 70. Mal das Ende des II. Weltkriegs, die BASF feiert 150. Firmenjubiläum. Im März 2015 wird zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit im Pfalzbau die Buber-Rosenzweig-Medaille des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit verliehen werden.

Es gibt daher das Bestreben von Einzelpersonen aus Ludwigshafen, die Ausstellung des renommierten Fritz Bauer Instituts zur Geschichte des KZ Monowitz (Auschwitz III) in unsere Stadt zu holen.

Im Kontext des Arbeitseinsatzes für die IG Farben starben zehntausende von Menschen. Das IG Farbenwerk Auschwitz wurde maßgeblich in Ludwigshafen geplant, und Mitarbeiter aus dem IG Werk Ludwigshafen waren in verantwortlicher Position am Bau und Betrieb beteiligt – eine gut untersuchte und belegte Tatsache, die jedoch in Ludwigshafen relativ unbekannt ist.

Eine bislang nicht bekannte Zahl Ludwigshafener Bürger haben zwischen 1941 und 1945 in Auschwitz-Monowitz gearbeitet, haben davon gewusst, waren Täter oder Zuschauer? So hat die Stadt historische Bezüge zu diesem KZ und eine Aufarbeitung und Bewusstmachung dieses Bezugs steht schon lange aus. Das Jahr 2015 bietet sich dazu in geradezu idealer Weise an.

Inwiefern sieht sich die Stadt in der Lage,

1. diese Ausstellung in Ludwigshafen unter ihrer Schirmherrschaft **zu zeigen**?

• Sollte sie sich dazu nicht in der Lage sehen – warum nicht?

2. Wäre es ihr dann alternativ möglich, zumindest ihre Präsentation **zu unterstützen**,

• etwa durch die Überlassung von Räumlichkeiten?

• etwa in Form eines finanziellen Beitrags?

• etwa durch Bewerbung (Artikel in die „neue LU“ o.ä.)?

• oder sonstigem?

Die Verwaltung beantwortet die Fragen wie folgt:

Auf Bitten eines der Initiatoren der Präsentation der Ausstellung hat die Verwaltung den gewünschten Kontakt zur BASF hergestellt und Unterstützung signalisiert. Aktuelle Informationen über den Sachstand liegen der Verwaltung zur Zeit nicht vor.

Wir sind gesprächsbereit und gehen davon aus, dass, wie allgemein üblich, die Initiatoren sich im Bedarfsfall direkt mit uns in Verbindung setzen.